

# UNION IN EUROPA

**CDU/CSU-Gruppe**  
im Europäischen Parlament

Nummer 7 · 8. Mai 2002 · [www.cdu-csu-ep.de](http://www.cdu-csu-ep.de)



## Stoiber für ein starkes Europa

Der Bayerische Ministerpräsident und CDU/CSU-Kanzlerkandidat Edmund Stoiber forderte während eines Besuchs in Brüssel ein starkes Europa: „Wir brauchen ein starkes Europa, um uns den Herausforderungen der Zukunft zu stellen“, erklärte Stoiber, der in Brüssel mit den CDU/CSU-Abgeordneten des Europäischen Parlamentes zu einem europapolitischen Gespräch zusammenkam. *Siehe Seite 7*

### Inhalt

Werner Langen:  
Deutschland ist  
EU-Schlusslicht  
*Seite 2*

Georg Jarzembowski:  
Sicherheit auf Flügen  
*Seite 3*

Aus der EVP-ED-Fraktion  
*Seite 5*

Markus Ferber:  
Stoiber in Brüssel  
*Seite 7*

WERNER LANGEN:

## „Die rote Laterne fest in der Hand“

ERNÜCHTERNDE WACHSTUMSAUSSICHTEN FÜR DEUTSCHLAND

**A**ls „ernüchternd“ hat der CDU-Europaabgeordnete Werner Langen die jüngsten Wirtschaftsprognosen der Europäischen Kommission für die Jahre 2002 und 2003 bezeichnet. Nach den kürzlich veröffentlichten Prognosen wird der größte Staat der Europäischen Union, die Bundesrepublik Deutschland, auch im Jahre 2002 das Schlusslicht in der wirtschaftlichen und konjunkturellen Entwicklung in Europa bleiben.



Dr. Werner Langen MdEP

### Unbefriedigende Wirtschaftsentwicklung

Deutschland liegt mit einem geschätzten Wirtschaftswachstum für 2002 von lediglich 0,8 Prozent erneut, wie schon 2001, deutlich am Ende der europäischen Skala des Wirtschaftswachstums. „Spitze“ sei Deutschland dagegen beim Haushaltsdefizit. Es drohe erneut eine Verwarnung, nachdem im Frühjahr der „Blaue Brief“ aus Brüssel auf zweifelhafte Art „verhindert“ worden sei.

Langen teilt die Sorge der Europäischen Kommission, dass die unbefrie-

digende wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland direkte Auswirkungen auf den europäischen Binnenmarkt und die anderen Mitgliedstaaten habe. Erst im Jahre 2003 könne nach den EU-Prognosen auch die Bundesrepublik Deutschland wieder mit stärkerem Wirtschaftswachstum rechnen. Im

gesamten EURO-Gebiet werde das Wachstum 2002 geringer sein als im Jahre 2001 und deutlich hinter der für die USA prognostizierten Wachstumsrate zurückbleiben. Die unbefriedigende Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland dokumentiere den großen Reformbedarf und die schlechte wirtschaftspolitische Bilanz der rot-grünen Bundesregierung, so der CDU-Europaabgeordnete. Zusammen mit dem gestiegenen Staatsdefizit knapp unterhalb des Grenzwertes, den der Europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt gerade noch erlaube, habe Deutschland unbestreitbar die „rote Laterne“ fest in der Hand.

Unmittelbar nach den Bundestagswahlen im September seien Reformen im größten Mitgliedstaat der Europäischen Union dringend notwendig. Diese

Reformen seien von der jetzigen rot-grünen Bundesregierung nicht mehr zu erwarten. Die Wachstumsraten der anderen großen Mitgliedstaaten der Europäischen Union wie Italien, Großbritannien, Frankreich und Spanien, lägen zum Teil deutlich über den Prognosen für

Deutschland. Der erwartete Anstieg der Lohnkosten, der verzögerte Inflationsrückgang durch den Anstieg der Ölpreise, die angespannte Situation der öffentlichen Finanzen sowie die fehlenden Arbeitsmarktrefor-men verlängerten die deutsche Wachstumsschwäche.

GEORG JARZEMBOWSKI:

## Mehr Sicherheit auf Flügen

EUROPÄISCHES PARLAMENT BERÄT ÜBER EUROPaweite Regelungen

In zweiter Lesung berät das Europäische Parlament über gemeinsame Vorschriften für die Sicherheit in der Zivilluftfahrt, mit denen nach den tragischen Ereignissen des 11. September das Sicherheitsniveau auf den Flügen unionsweit erhöht werden soll. Die Verordnung soll insb. die Sicherheitskontrollen auf Flughäfen für Passagiere, Besatzungen, Flughafenmitarbeiter sowie für Gepäck verschärfen und einheitliche, hohe Standards für die Kontrollgeräte festlegen. Letztere basieren auf neuere einheitliche Regelungen der über die EU hinausgehenden Europäische Zivilluftfahrt-Konferenz (ECAC).

Von den Änderungsforderungen, die das EP in erster Lesung gegenüber dem Kommissionsvorschlag beschlossen hatte, hat der Rat in sei-



Dr. G. Jarzembowski MdEP

nem Gemeinsamen Standpunkt am Ende seiner ersten Lesung bereits sechs Forderungen übernommen, so auch die Regelung, daß die Mitgliedstaaten durchaus frei sind, unter besonderen Umständen noch strengere Sicherheitsvorschriften einzuführen. Die weiteren Forderungen wird das Europäische Parla-

ment in der zweiten Lesung noch einmal gegenüber dem Rat bekräftigen. So will das EP durchsetzen, daß die gegenseitigen Kontrollen der Sicherheitsmaßnahmen auf den Flughäfen unangekündigt erfolgen sollen. Denn nur dann können Mängel bei der Umsetzung der neuen Vorschriften auch effektiv entdeckt werden. So fordert das EP, daß die Mitgliedstaaten zumindest zum Teil die Kosten für die Sicherheitsmaßnahmen tragen sollen.

Denn es wäre nicht gerecht, daß die Kosten für die Polizeieinsätze bei Fußballbundesligaspielen von der Allgemeinheit getragen werden, aber die Kosten für die verschärften Sicherheitsmaßnahmen auf Flughäfen letztlich allein von den Passagieren getragen werden sollten.

In der zweiten Lesung prüft das Europäische Parlament nunmehr sehr sorgfältig die erst jetzt endgültig formulierten Einzelregelungen des Anhangs zu der Verordnung, da diese letztlich das tatsächliche Niveau der Sicherheitsmaßnahmen bestimmen werden.

Mit seinen Änderungsforderungen in der zweiten Lesung will das EP u.a. klarstellen, daß die Behörden der Mitgliedstaaten für die Überwachung der Flughafen-Terminals verantwortlich sind, soweit diese dem allgemeinen Publikum zugänglich sind. Denn diese Aufgabe entspricht der Aufgabe der Mitgliedstaaten, die Sicherheit im öffentlichen Raum zu gewährleisten. Ferner sollen die Mitgliedstaaten verantwortlich sein für Basis-Sicherheits-schulungen für die am Flughafen beschäftigten Mitarbeiter sowie für Auf-

frischungskurse spätestens alle fünf Jahre. Denn die Mitgliedstaaten wissen am besten, wie diese Beschäftigten zur Schaffung eines erhöhten Sicherheitsniveaus auf den Flughäfen beitragen können. Allerdings ist im Europäischen Parlament noch umstritten, ob die Mitarbeiter am Flughafen einschließlich der Flugzeugbesatzungen beim Zutritt zu den Sicherheitsbereichen zu hundert Prozent oder ggf. per Stichproben kontrolliert werden sollen. Einerseits spricht das Gefährdungspotential für eine 100 %-ige Kontrolle, andererseits ist auf die praktische Umsetzungsmöglichkeit sowie den Abfluss auf den Flughäfen Rücksicht zu nehmen.

Die Beratungen im Europäischen Parlament über die Sicherheit in der Zivilluftfahrt belegen deutlich, daß das EP sich engagiert für mehr Sicherheit auf den Flügen einsetzt und zugleich die praktischen Folgen für die Passagiere, die Fluglinien und die Flughäfen bei der Gesetzgebung abwägt.

*Dr. Georg Jarzembowski (CDU Hamburg) ist Mitglied im Verkehrsausschuss des Europäischen Parlaments.*

## Heinz-Schwarzkopf-Stiftung sucht „Junge/r Europäer/in des Jahres“

Die Heinz-Schwarzkopf-Stiftung sucht auch in diesem Jahr einen jungen Menschen, der sich ehrenamtlich der Verständigung zwischen den Völkern und der Integration Europas gewidmet und Vorbildliches geleistet hat, um ihn mit dem Preis „Junge/r Europäer/in des Jahres“ auszuzeichnen. Gesucht werden junge Menschen zwischen 18 und 28 Jahren aus Europa, die gelernt haben, initiativ und verantwortungsbewusst zu handeln und dabei gezeigt haben, dass sie bereit sind, die Chancen unserer Zeit für ein friedliches Zusammenleben in einem Europa der Vielfalt zu ergreifen und sich dafür persönlich einzusetzen. Der Preis ist dotiert mit € 5.000. Dieser Betrag dient der Finanzierung eines halbjährigen Praktikums oder aber der Verwirklichung eines Projekts, durch das die Einigung Europas gefördert wird. Weitere Informationen: [www.heinz-schwarzkopf-stiftung.de](http://www.heinz-schwarzkopf-stiftung.de)

## kurz & bündig

AKTUELLES AUS DER EVP-ED-FRAKTION

### ■ Aussprache zur Lage im Nahen Osten

„Diese Situation, wie dramatisch und hoffnungslos sie auch scheinen mag, darf niemals dazu führen, dass wir nicht mehr miteinander reden. Ohne Dialog werden allein die Waffen sprechen“, erklärte **Hans-Gert Pöttering**, Vorsitzender der EVP-ED-Fraktion, in der Aussprache über die Krise im Nahen Osten.

Pöttering betonte, dass die Politik nach dem Muster Auge um Auge, Zahn um Zahn keinen Erfolg haben werde. Ohne eine Änderung dieser Strategie werde es niemals Frieden im Nahen Osten geben. Es treffe zu, dass sich die Israelis nunmehr aus den palästinensischen Gebieten zurückziehen, aber „es ist ein Verbrechen, junge Leute dazu zu bringen, sich Dynamit um die Hüften zu schnallen und dann loszuziehen und sich selbst und andere umzubringen. Wir müssen die Dinge auf beiden Seiten, sowohl bei den Israelis als auch bei den Palästinensern, beim Namen nennen.“

„Wir haben einen ausgezeichneten Vertreter in Israel, der gerade gestern vor den Abgeordneten der Knesset sprach und der abermaligen Hoffnung auf einen Rückzug des Militärs Ausdruck verlieh. Wir dürfen die Hoffnung nicht aufgeben, dass wir alle – die Palästinenser, die Israelis und die internationale Gemeinschaft – mit verstärkten Anstrengungen dafür Sorge tragen, dass wir im Nahen Osten endlich von

Frieden reden können, so dass sich für die Menschen in diesen Ländern, für uns in Europa und für den gesamten Mittelmeerraum eine positive Zukunft eröffnet.“ erklärte Pöttering

### ■ Stoiber für ein starkes Europa

„Wir brauchen ein starkes Europa, um uns den Herausforderungen der Zukunft zu stellen“, sagte **Edmund Stoiber** – Bayerischer Ministerpräsident und CDU/CSU-Kanzlerkandidat – in einer Rede vor der EVP-ED-Fraktion in Brüssel.

Stoiber vertrat eine ausgeprägt proeuropäische Haltung und betonte, wie wichtig es sei, dass die Europäische Union als gleichrangiger und gleichberechtigter Partner weltweit den Vereinigten Staaten gegenübersteht. Er sagte, dass „ein starkes Europa in der Lage sein wird, sich den internen und externen Herausforderungen der Zukunft zu stellen und dass die Erweiterung im Osten und Süden die Wiedervereinigung des alten Kontinents markieren wird, von der die Väter der europäischen Einigung träumten“.

In einer zweistündigen Debatte erläuterte der Kanzlerkandidat eingehend seine tiefverwurzelte, proeuropäische Überzeugung. Sein Beitrag stieß auf aufmerksame Zuhörer unter allen Nationalitäten in der EVP-ED-Fraktion, die ihre uneingeschränkte Unterstützung für seine Politik bekundete.

### ■ Wahlsieg Chiracs ist ein Sieg für Europa

Der Sieg von **Jacques Chirac** in den französischen Präsidentschaftswahlen ist ein Sieg für alle Europäer, die für die gemeinsamen europäischen Werte einstehen, erklärte der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament, **Hans-Gert Pöttering**. Der Wahlsieg Chiracs werde dem europäischen Integrationsprozess, in dem Frankreich eine wichtige und unerlässliche Rolle spielt, neue Impulse geben. Dies werde einen positiven Einfluss auf die Fortführung der Arbeiten des Konvents zur Zukunft Europas, unter dem Vorsitz des früheren französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing, haben.

Pöttering gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass auch in den kommenden Parlamentswahlen Chirac und seine Verbündeten einen klaren Wahlsieg erringen werden. Dies würde die schwierige Zeit der „Kohabitation“ beenden. Frankreich könne dann auch wieder starke Impulse für die europäische Politik geben, insbesondere im Hinblick auf die Fortentwicklung der europäischen Außenpolitik.

### ■ EVP-ED-Plan für die Landwirtschaft stellt „großen Fortschritt“ dar

Die EVP-ED-Fraktion stellte in Brüssel einen radikalen Sieben-Punkte-Plan über die neuen Herausforderungen für die europäische Landwirtschaft vor.

Der Plan befasst sich mit der Marktpolitik, Produktqualität und Nahrungsmittelsicherheit, den WTO-Verhandlungen im Landwirtschaftsbereich, ländlicher Entwicklung, EU-Erweiterung und

Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Er wurde von **Robert Sturdy** (GB) von der EVP-ED als „großer Fortschritt“ begrüßt.

Die Fraktion strebt eine nachhaltige und lebensfähige EU-Agrarpolitik an, die der ländlichen Wirtschaft auf langfristige Sicht echte Aussichten und ein Einkommen bietet, das mit dem anderer Sektoren vergleichbar ist. Auf der Grundlage des „Multifunktionalitäts“-Konzeptes ist die Fraktion der Ansicht, dass die GAP 'die konkrete Verkörperung eines europäischen Modells einer multinationalen und nachhaltigen Landwirtschaft' darstelle sollte, das in allen Gebieten der Union mit verringertem Bürokratieaufwand angewendet werden kann. Die Fraktion erklärt, dass in allen Mitgliedstaaten eine einheitliche und gerechte Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften sichergestellt werden sollte. Dazu gehört bei Bedarf eine Beschleunigung der Verfahren zu deren Durchsetzung, um dafür zu sorgen, dass dies auch eingehalten wird. Darüber hinaus ist eine wichtige Forderung der EVP-ED die Einführung der Mitentscheidung des Parlaments bei Schlüsselfragen im Bereich ländlicher Entwicklungspolitik.

Im Hinblick auf die in Kürze bevorstehende Halbzeitüberprüfung der GAP und die erste Erweiterungsrunde im Jahr 2004 erklärte EVP-ED-Mitglied **Joseph Daul** (F), Vorsitzender des Ausschusses für Landwirtschaft des Europäischen Parlaments, dass der Plan für die Fraktion eine Chance darstelle, die Initiative zu ergreifen, ihre Position deutlich zu machen und die Debatte in den kommenden Monaten und Jahren in die richtige Richtung zu lenken.

MARKUS FERBER:

## Stoiber setzt sich für ein starkes Europa ein

CDU/CSU-KANZLERKANDIDAT ZU GESPRÄCHEN IN BRÜSSEL

**F**achlich kompetent, dynamisch und sachlich, so trat Edmund Stoiber bei seinem Besuch in Brüssel auf. Er überzeugte in ruhigen und sachlichen Gesprächen mit EU-Kommissionspräsident Romano Prodi, Europaparlamentspräsident Pat Cox, Konventspräsident Valéry Giscard d'Estaing, den CDU/CSU-Europaabgeordneten und der EVP-ED-Fraktion. Themen waren die EU-Reform, der Konvent und der geplante Verfassungsvertrag sowie die Osterweiterung und ihre Finanzierung.



Markus Ferber MdEP

verhielt sich dagegen staatsmännisch, weder verärgerte noch bevormundete er Brüssel. Edmund Stoiber hat schon lange verstanden, wie wichtig Brüssel für die deutsche Politik ist und wie die EU funktioniert. Er und die Bayerische Vertretung in Brüssel sind stets bestens informiert und nehmen frühzeitig und leise Ein-

fluss. Er weiß auch, dass man in einem ruhigen Gespräch mehr erreichen kann als mit offener Kritik.

Edmund Stoiber setzt sich für ein starkes Europa ein. Schröder gibt dies zwar nach außen vor, agierte aber während seiner Amtszeit de facto anders. Er schwächte die EU-Institutionen, die als Motor der europäischen Integration so wichtig sind, indem er die Regierungszusammenarbeit zwischen den großen Mitgliedstaaten förderte und die kleinen sowie die EU-Kommission außen vor ließ. Dies zeigte sich nach dem 11. September, aber auch im Vorgipfel vor Laeken. Außerdem förderte er massiv die offene Koordinierung, d.h. die Koordinierung nationaler Zuständigkeiten zwischen den Regierungen der EU-Mitgliedstaaten auf europäischer Ebene. Mit Hilfe der offenen

### Schröders rüpelhafter Ton verärgert Brüssel

Den von Schröder in den letzten Monaten angesprochenen rüpelhaften Ton, der Brüssel so sehr verärgerte, lehnte Edmund Stoiber ab. Schröder hat noch nicht kapiert, dass die europäische Politik aufgrund 15 verschiedener europäischer Mentalitäten anders funktioniert als die deutsche Politik. Mit lautstarkem Druck ist in Brüssel nichts zu erreichen. Besser ist frühzeitiges Lobbying. Edmund Stoiber

Koordinierung wurden so Politikbereiche, für die die EU nicht zuständig ist, durch die Hintertür und unter Ausschluss der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments auf europäische Ebene verlagert.

Edmund Stoiber dagegen ist geradlinig. Seine langjährigen Forderungen nach einer klaren Kompetenzabgrenzung stehen mittlerweile auf der Tagesordnung des derzeit tagenden Konvents. Gemäß dem Subsidiaritätsprinzip sollten nicht alle Verantwortlichkeiten nach Brüssel gegeben werden, da vieles bürgernäher auf nationaler, regionaler oder kommunaler Ebene geregelt werden kann.

### Mehr Transparenz und Bürgernähe

Andere Bereiche dagegen sind besser auf europäischer Ebene aufgehoben. So müsste die EU in der Außen-, Sicherheits- und Innenpolitik mehr Kompetenzen als bisher erhalten. Für EU-Kompetenzen gesteht Stoiber den EU-Institutionen jedoch eine starke Position zu, um effizient arbeiten zu können. Wichtig ist, dass Europa in der Außenpolitik mit einer Stimme spricht. Auch eine gemeinsame Asylpolitik und Verbrechensbekämpfung sind erstrebenswert. Auf der europäischen Tagesordnung steht mittlerweile die Ver-

besserung der Transparenz und der Bürgernähe europäischer Politik, wofür Edmund Stoiber schon lange eintrat. Bei seinem jetzigen Besuch setzte sich der vom EU-Parlamentspräsident Cox als dynamisch gelobte Stoiber in Brüssel vor allem für die Beachtung der deutschen Leistungsfähigkeit bei der zukünftigen EU-Finanzplanung ein. Deutschland könne auf keinen Fall eine Erhöhung des deutschen Nettobeitrags finanzieren. Mit Blick auf die Erweiterung müsse auch unbedingt die Agrar-, Regional- und Strukturpolitik reformiert werden, da diese ansonsten nicht mehr bezahlbar sei. Wichtig sei eine nationale Co-Finanzierung von EU-Direktzahlungen an die Landwirte einzuführen. Die Mitgliedstaaten bräuchten außerdem mehr Förderfreiraum. Die EU-Strukturförderung sei auf die ärmsten Regionen zu beschränken.

Insgesamt ein gelungener Besuch des Kanzlerkandidaten der Union in Brüssel. Deutschland hat mit Edmund Stoiber die große Chance, nach dem 22. September dieses Jahres wieder ein gewichtiges Wort auf europäischer Ebene mitreden zu können.

*Markus Ferber ist Vorsitzender der CSU-Europagruppe und Co-Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament.*

### Impressum

**UNION IN EUROPA** – Informationen der EVP-ED-Fraktion des Europäischen Parlaments. Für den Inhalt verantwortlich: Hartmut Nassauer MdEP, Markus Ferber MdEP. Redaktion: Stephan Mock, CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Deutscher Bundestag, W 60, 11011 Berlin, Telefon 030-227-757 75, e-mail: stephan.mock@cducsu.de. Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 0 22 26-802-0. Herstellung: VVA – Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.